



Russland: Neue Doktrin zur Informationssicherheit sowie Kudrins einschneidende Wirtschaftsvorschläge

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Januar 2017

Zusammenfassung

Am 5. Dezember 2016 unterschrieb Präsident Wladimir Putin die 17 Seiten umfassende neue Doktrin zur Informationssicherheit, welche die bisherige Doktrin von 2000 ablöst. Russland sieht seine nationalen Interessen und die Sicherheit seiner Informationssphäre bedroht. Es wird das unzureichende Entwicklungsniveau der Informationstechnologie in Russland und die hohe Abhängigkeit vom Ausland auf diesem Gebiet beklagt.

Am 27. Dezember 2016 stellte der ehemalige Finanzminister und jetzige Leiter des „Zentrums für strategische Ausarbeitungen“, Alexej Kudrin, die ersten Vorschläge vor, die in die bevorstehende Strategie des Präsidenten eingearbeitet werden sollen. Das Zentrum schlägt die Wahl zwischen der Erhöhung der Steuerumverteilung 2019 in einer Größenordnung von 34-35 % des BIP und einer „Haushaltskonsolidierung“ bei den Ausgaben in Höhe von 31-32 % des BIP vor. Im Einzelnen wird die Erhöhung des Pensionsalters im Jahr 2020 sowie in den kommenden zwanzig Jahren empfohlen und die Kürzung der Sozial- und Verteidigungsausgaben zugunsten von Bildung und Gesundheit. Ferner wird eine Verwaltungsreform angeraten.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 5. Dezember 2016 unterschrieb Präsident Wladimir Putin die 17 Seiten umfassende neue Doktrin zur Informationssicherheit.¹ Diese Doktrin löst die bisherige Doktrin ab, die der gerade ins Amt gekommene neue Präsident Putin am 9. September 2000 unterzeichnet hatte.

Die russischen Medien beurteilen die neue Informationssicherheitsdoktrin dahingehend, dass die russische Elite in der modernen Kommunikation eher eine Gefahr als eine Chance sieht. Russland wird informationsmäßig vom Ausland abhängig gesehen und sieht seine nationalen Interessen und die Sicherheit seiner Informationssphäre bedroht. In der Doktrin ist viel von Patriotismus die Rede. Aus der Außenpolitik im üblichen Sinn wird im Internet eine virtuelle Idee der Verteilung von Einflussphären. Es wird Druck auf die russischen Medien ausgeübt, das Streben nach Kontrolle des Inhalts und der Nutzung des Internets ist feststellbar, besonders der Nutzer sozialer Netze.

Die Regierung wird aufgerufen, ein „nationales System für das Management des russischen Internetsegments“ zu entwickeln. Russland sieht seine nationalen Interessen und seine Sicherheit in der Informationssphäre bedroht und setzt Prioritäten bezüglich der Gegenmaßnahmen. Es wird die Zunahme der Nutzung des „informations-psychologischen Einflusses“ von Nachrichtendiensten festgestellt mit dem Ziel der Destabilisierung verschiedener Regionen der Welt, darunter auch Russlands.

Im Einzelnen: Die Informationssicherheit wird als Teil der nationalen Sicherheit gesehen. Die neue Doktrin beklagt die eklatante Diskriminierung russischer Medien und dass die russischen Journalisten bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit im Ausland behindert werden. Es wird eine Intensivierung der Informationswechselwirkung auf die Bevölkerung festgestellt, insbesondere auf die Jugend, mit dem Ziel, die traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte zu verwischen. Die Doktrin ist besorgt wegen der Zunahme der Computerkriminalität, die immer raffinierter wird.

Der **Zustand der Informationssicherheit** im *Verteidigungsbereich* ist charakterisiert durch die Zunahme von Aktivitäten mit dem Ziel, die Souveränität, die politische und soziale Stabilität sowie die territoriale Integrität der Russischen Föderation und ihrer Verbündeten zu untergraben. Im *staatlichen Bereich* wird eine verstärkte Geheimdiensttätigkeit ausländischer Staaten in Bezug auf die Russische Föderation festgestellt. In der *Wirtschaft* wird das unzureichende Entwicklungsniveau der Informationstechnologie beklagt. Es besteht eine hohe Abhängigkeit von der ausländischen Informationstechnologie, besonders bezüglich der elektronischen Komponentenbasis, der Software, der Digitaltechnik und der Massenkommunikation, was die Abhängigkeit der sozio-ökonomischen Entwicklung Russlands von den geopolitischen Interessen ausländischer Staaten bedingt. Der Status der Informationssicherheit auf den Gebieten *Wissenschaft, Technologie und Bildung* ist gekennzeichnet durch die unzureichende Effektivität der wissenschaftlichen Forschung im Hinblick auf die Schaffung fortschrittlicher Informationstechnologien, durch das niedrige Niveau der Umsetzung von nationalen Entwicklungen und durch den Personalmangel auf dem Gebiet der Informationssicherheit sowie durch die geringe Sensibilität der Bürger in Fragen persönlichen Informationssicherheit.

¹ <http://kremlin.ru/acts/bank/41460>



Die neue Doktrin gibt für die **Informationssicherheit die strategischen Ziele und Leitlinien** vor: Im Bereich der *Landesverteidigung* geht es um den Schutz der Lebensinteressen der Persönlichkeit, der Gesellschaft und des Staats vor inneren und äußeren Bedrohungen, die als Folge von Informationstechnologien auftreten können. Ferner soll der informations-psychologische Einfluss neutralisiert werden, welcher die historischen Fundamente und patriotischen Traditionen untergraben, die mit dem Schutz des Vaterlandes zusammenhängen.

Im *Bereich der staatlichen und öffentlichen Sicherheit* ist der Nutzung von Informationstechnologien für die Propaganda von extremistischer Ideologie, der Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und der Ideen der nationalen Exklusivität entgegenzuwirken, die das Ziel haben, die nationale Souveränität, die politische und soziale Stabilität zu untergraben, Änderungen in der Verfassungsordnung zu erzwingen und die territoriale Integrität der Russischen Föderation zu verletzen.

Unterdrückt werden sollen Aktivitäten, die für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation schädlich sind und die unter Einsatz von Hardware und Informationstechnologien von speziellen Diensten und Organisationen ausländischer Staaten sowie von einzelnen Personen durchgeführt werden. Erhöht werden soll die Sicherheit kritischer Informationsstrukturen und die Nachhaltigkeit ihrer Funktionsweise. Entwickelt werden sollen Mechanismen, welche die Informationsbedrohungen erkennen und die Folgen ihrer Manifestation beseitigen.

Die Bürger und das Territorium sind vor den Folgen von Ausnahmesituationen zu schützen, die durch informations-technisches Einwirken auf Objekte kritischer Informationsstruktur hervorgerufen worden sind. Die Sicherheit im Funktionieren der Objekte der Informationsinfrastruktur ist zu erhöhen, besonders bezüglich der Gewährleistung des nachhaltigen Zusammenwirkens staatlicher Einrichtungen. Es soll verhindert werden, dass das Funktionieren solcher Einrichtungen unter ausländische Kontrolle gerät. Die Integrität und Stabilität des einheitlichen Telekommunikationsnetzwerks Russlands ist zu gewährleisten sowie die Sicherheit der Information.

Im *Bereich der Wirtschaft* geht es um die innovative Entwicklung von Zweigen der Informationstechnologie und der Elektronikindustrie, die Erhöhung des Anteils dieses Sektors beim BIP und beim Export, um die Beseitigung der Abhängigkeit der heimischen Industrie von ausländischer Informationstechnologie und Software. Die russischen Unternehmen sollen in diesen Bereichen wettbewerbsfähiger werden. Im *Bereich von Wissenschaft, Technologie und Bildung* wird u.a. die Entwicklung von Humanressourcen auf dem Gebiet der Informationssicherheit betont. (Das ist kein Wunder angesichts des jahrelangen Brain-Drains von russischen IT-Spitzenkräften nach Silicon Valley.)

Russland ist bereit, sich an der Bildung eines internationalen Informationssicherheitssystems zu beteiligen, das effektive Gegenmaßnahmen sicherstellt gegen die Nutzung der Informationstechnologie zu militärisch-politischen Zielen, die im Widerspruch zum Völkerrecht stehen, aber auch terroristische, extremistische, kriminelle und andere unrechtmäßige Zwecke verfolgen. Russland ist für die Schaffung von internationalen Mechanismen, welche die Spezifik der Informationstechnologien berücksichtigen mit dem Ziel, Konflikte im Informationsraum zu verhindern bzw. zu regulieren. Ferner ist die Schaffung eines nationalen Systems für die Steuerung des russischen Segments im Internet vorgesehen.



Kudrins einschneidende Wirtschaftsvorschläge

Am 27. Dezember 2016 stellte der ehemalige Finanzminister und jetzige Leiter des „Zentrums für strategische Ausarbeitungen“ (russ. abgekürzt ZSR), Alexej Kudrin, bei Premier Dmitrij Medwedew die ersten allgemeinen Vorschläge vor, die im Mittelpunkt der langfristigen Wirtschaftsstrategie für die Jahre 2018 bis 2024 stehen und die in die bevorstehende Strategie des Präsidenten eingearbeitet werden sollen.² Die 205-seitige Ausarbeitung der „Strategie 2020“ wurde von sechs Autoren angefertigt – zusammen mit Ministerien und Behörden – unter der Leitung von Kudrin.³

Das Zentrum schlägt die Wahl zwischen der Erhöhung der Steuerumverteilung 2019 in einer Größenordnung von 34-35 % des BIP („Manöver 34“) und einer „Haushaltskonsolidierung“ bei den Ausgaben in Höhe von 31-32 % des BIP („Manöver 32“) vor. Das „Manöver 34“ schließt für das Jahr 2019 eine Zunahme des Steueraufkommens und einen allmählichen Rückgang der Ausgaben bis 2030 auf das Niveau von 34 des BIP (jetzt 37,3 % des BIP) ein. Das „Manöver 32“ beinhaltet ferner die Beibehaltung der Steuern auf dem jetzigen Niveau, eine strenge Haushaltskonsolidierung und die Senkung der Staatsausgaben bis zum Jahr 2025 auf das Niveau von 32 % des BIP.

Im Einzelnen wird die Erhöhung des Pensionsalters im Jahr 2020 sowie in den kommenden 20 Jahren empfohlen und die Kürzung der Sozial- und Verteidigungsausgaben zugunsten von Bildung und Gesundheit. Ferner wird eine Verwaltungsreform „unter Einbeziehung des Führers“ angeraten.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Januar 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 92 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

² <http://www.kommersant.ru/doc/3182773>

³ <http://csr.ru/wp-content/uploads/2016/12/Report-on-strategy.pdf>